

KPÖ (O) - Extraausgabe Arbeiter-Stimme Juli 1927 - Verfahren Josef Frey, 1927-1928

2 Seiten, Faksimile

---

KPÖ (O) - Extraausgabe Arbeiter-Stimme Juli 1927 - Verfahren Josef Frey

	Datum	Seiten
Ladung des Beschuldigten Josef Frey	7.10.1927	2
Einstellung des Verfahrens gegen Josef Frey	8.3.1928	1
Presseartikel zur Beschlagnahmung der Sonderausgabe der <i>Arbeiter-Stimme</i> (Zeitung und Datum sind uns nicht bekannt)	o.D.	1
		<b>4</b>

Nicht zu verkaufen

Grauer

VOKUH 4466/27

M. Josef Frey

No. 1



Feldherrenstraße 236

**Portofreie Dienstsache.**

Amtsgericht  
Zahl 1478-1968/68

## Ladung des Beschuldigten

in der Strafsache

gegen *M. u. G.*

wegen *Geschlag* § 91, 68

Sie werden zur Vernehmung über eine gegen Sie  
für den *7.8.68* mittag *12 Uhr*,  
Zimmer Nr. *234*, *8. Stock*, VIII. Landesgerichtsstraße

Wenn Sie ausbleiben, werden Sie vorgeführt werden

Den Gegenstand Ihrer Vernehmung bildet

*Einführungssache*

*Verleidungsversuch*

LANDESGERICHT IN STRAFSACHEN WIEN, I.

am

*30.9.68*

Dr. Fritz Vayda  
Oberster Richter und Präsident  
der Konsistorialgerichte

## Verständigung.

an mann Dr. Josef Frey,  
in XII., Schenkenbühlerstr. 236

Die gegen Sie wegen § 9, 68 StG

eingeleitete Voruntersuchung wurde wegen Rücktritt des Anklagers von der strafgerichtlichen Verfolgung eingestellt.

 Landes Gericht Wien IV. L. T. Abtheilung XXVI  
am 8/III. 28



H. M.

## Der rasende Rotstift.

Seit dem 15. Juli ist der Herr Pressestaatsanwalt ein vielseplagter Mann. Er muß konfiszieren und beschlagnehmen, verfolgen, unter Anklage stellen, was Zeug hat. Den Reigen der Konfiskationen eröffnete bekanntlich die "Beschlagsnahme des „Abend“ am Montag vorige Woche. Die "Rote Fahne" konnte Tage hindurch nicht erscheinen.

Heute ist auch die "Arbeiter-Stimme", das Blatt der unter Führung des Dr. Josef Frey aus der kommunistischen Partei ausgetretenen Gruppe dem Rotstift des Pressestaatsanwalts verfallen. Offenbar, um das Gleichgewicht herzustellen. Man greift sich an den Kopf, wenn man hört, was da beschlagnahmt wurde. Der Vorstand der Frey-Gruppe der Kommunisten hat eine Reihe von Forderungen aufgestellt, die sich zum größten Teile mit den Forderungen decken, die der sozialdemokratische Parteivorstand erhoben hat.

Der Teil des Aufrufes, in dem die Forderungen enthalten sind, wurde beschlagnahmt. Wir können es nicht verstehen, warum es zum Beispiel verboten sein soll, die Frei-Lassung der bei den Demonstrationen Verhafteten und die Einstellung der damit in Zusammenhang stehenden Strafverfahren zu verlangen, oder warum man nicht fordern darf, daß der Staat die dauernde Versorgung der Hinterbliebenen der Getöteten und der Verkrüppelten übernehme.

Und daß ein linksgereichtetes Blatt für die Kommunalisierung der Polizei und die Entfernung aller Gegenrevolutionäre aus dem öffentlichen Dienst, für die Entwaffnung und Aufhebung aller faschistischen Verbände und für den Ausbau des Schutzbundes ist, dürfte selbst dem Herrn Pressestaatsanwalt und seinen Auftraggebern keine Überraschung sein.

Das gleiche Schicksal wie die "Arbeiter-Stimme" hatte auch eine Sonderausgabe dieses Blattes, die sofort nach ihrem Erscheinen dem Staatsanwalt verfiel.

Presseartikel zur Beschlagnahmung der Sonderausgabe der *Arbeiter-Stimme*  
Zeitung und Datum sind uns nicht bekannt